

QUARTALSBERICHT

Projektland: Kolumbien

Quartal/Jahr: II/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Santos auf Staatsbesuch in Deutschland**
2. **Lateinamerikanische Pazifik-Allianz ins Leben gerufen**
3. **Kolumbien: Top-Standort in Lateinamerika**
4. **Santos unterzeichnet Opfergesetz**

Santos auf Staatsbesuch in Deutschland

Die erste offizielle Deutschland-Reise des kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos wurde zum Triumphzug: In Berlin rollte man ihm den roten Teppich aus.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz hob Bundeskanzlerin Angela Merkel die „erfolgreiche Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen“ hervor. Von 2005 bis 2010 habe der Handel zwischen den beiden Ländern um 74 Prozent zugenommen. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien und der Europäischen Union seien abgeschlossen. Sie gehe davon aus, dass das Abkommen spätestens im Jahre 2012 in Kraft treten werde. Man erhoffe sich von diesem eine Bereicherung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, so die Bundeskanzlerin.

Die Message des konservativen Politikers war klar: Kolumbien, das jahrzehntelang als das Drogenland schlechthin galt, befindet sich in einer Phase des Aufbaus stabiler politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und bietet sich deshalb als idealer Standort für Investitionen an¹:

„Viele meinen, dass die Sterne für Kolumbien günstig stehen und dass Kolumbien eine Sternstunde erlebt. Und in gewisser Weise ist das richtig: Kolumbien durchlebt einen ganz besonderen Moment in seiner Geschichte und diesen Moment wollen wir nutzen, um das Wachstum und den Wohlstand wirklich voranzutreiben.“

„Wer hätte vor ein paar Jahren gedacht, dass das Kapital (...) die Sicherheit der Schwellenländer suchen würde? Diese Schwellenländer steuern immer mehr zur Weltproduktion bei und zeigen an, dass sie in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden.“

¹ Die folgenden Zitate stammen aus der Rede des kolumbianischen Staatspräsidenten Juan Manuel Santos, welche dieser am 13. April 2011 in Berlin vor deutschen Unternehmern hielt.
Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Kolumbien, Quartal II/2011

Und unter diesen Schwellenländern ganz besonders die aus Asien und Lateinamerika. Und von diesen hat sich besonders Kolumbien ausgezeichnet. In einer kürzlich (...) veröffentlichten Studie deutete (...) Goldman Sachs an, dass die BRIC, Brasilien, Russland, Indien und China, die Wirtschaft bestimmen werden, während (...) die Hong Kong and Shanghai Banking Corporation auf einer großen Konferenz in Hong Kong bekanntgab, dass nach den BRIC bereits die CIVETS warteten, nämlich Kolumbien, Indonesien, Vietnam, Ägypten, die Türkei und Südafrika.“

„Wir wollen den Investoren Sicherheit geben, Garantien, feste Spielregeln, sie sollen sich als Partner unseres Wachstums und unserer Entwicklung fühlen. Und damit haben wir Erfolg. (...) wir haben das Interesse an Investitionen in Kolumbien vervielfacht.“

„Unsere Politik zielt darauf ab, Investoren aus aller Welt nach Kolumbien zu bringen. Wir sagen ihnen: Lateinamerika und Kolumbien haben das, was die Welt sucht: Die Fähigkeit, Lebensmittel zu produzieren, eine junge Bevölkerung, Biodiversität, und die Möglichkeit, diese Ressourcen für alle gewinnbringend zu nutzen. Deshalb schätzen wir diese Beziehung zu Deutschland so sehr, weil auch Deutschland das hat, was wir benötigen. Wir brauchen uns gegenseitig. Wir haben, was Deutschland braucht, und Kolumbien braucht, was Deutschland zu bieten hat. Das sind meiner Ansicht nach günstige Umstände und ich möchte all jenen, die Kolumbien in den letzten Jahren nicht kennengelernt haben, sagen: Gehen Sie das Risiko ein, nach Kolumbien zu reisen. Sie werden dort bleiben wollen. Kolumbien hat sich sehr verändert.“

In Berlin zeigte sich, dass Kolumbien selbst in den dunkelsten Zeiten seiner jüngeren Vergangenheit für viele deutsche Firmen immer auf dem Radarschirm geblieben ist. So berichtete Wolfgang Ischinger, Generalbevollmächtigter für Regionalbeziehungen der Allianz und Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, dass die Allianz unter der Marke „Colseguros – Una Compañía de Allianz“ schon seit dem Jahre 1874 in Kolumbien tätig sei.

Lateinamerikanische Pazifik-Allianz ins Leben gerufen

Die Präsidenten Chiles, Kolumbiens, Mexikos und Perus haben in Lima ein Pazifik-Abkommen zur engeren wirtschaftlichen Verflechtung ihrer Länder unterzeichnet. „Heute wurde eine wirkliche lateinamerikanische Pazifik-Allianz ins Leben gerufen“, sagte Mexikos Präsident Felipe Calderón bei dem Treffen in Perus Hauptstadt.

Den vier Ländern ist gemein, dass sie eine liberalere Wirtschaftspolitik betreiben und positivere gesamtwirtschaftliche Daten aufweisen als die meisten anderen lateinamerikanischen Länder. Die neue Allianz ist mit stattlichen 35 Prozent am gesamten Bruttoinlandsprodukt Lateinamerikas beteiligt.

Calderón betonte, der neue Staatenbund sei schon jetzt wirtschaftlich bedeutender als der vor 20 Jahren gegründete Gemeinsame Markt des Südens. Dagegen verglich der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos die neue Allianz mit Brasilien: Der neue gemeinsame Markt sei größer als der Brasiliens und das gemeinsame Pro-Kopf-Einkommen höher als das Brasiliens.

Damit ist zu den auf dem amerikanischen Kontinent bereits existierenden Integrationsbündnissen (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – ALBA,

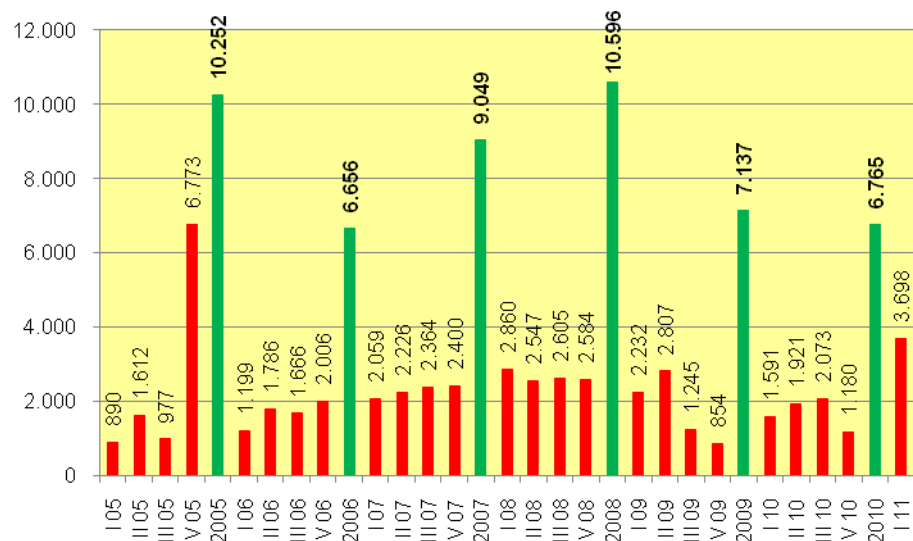
Comunidad Andina de Naciones – CAN, Comunidad del Caribe – CARICOM, Mercado Común del Sur – MERCOSUR, North American Free Trade Agreement – NAFTA und Unión de Naciones Suramericanas – UNASUR) ein weiteres hinzugekommen. Ob sich aus all diesen Integrationsbündnissen eines Tages eine Art „Lateinamerikanische Union“ entwickeln wird, ist fraglich.

Kolumbien: Top-Standort in Lateinamerika

Es gibt Länder, die unter Investoren als Geheimtipp gelten. Zu diesen zählt seit geraumer Zeit Kolumbien – mit ca. 45 Millionen Einwohnern das Land mit der drittgrößten Bevölkerung Lateinamerikas. Kolumbien hat sich radikal verändert und gilt heute als einer der besten und sichersten Investitionsstandorte in der ganzen Region.

Diese positive Meinung spiegelt sich in der rasanten Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen wider: Sie erhöhten sich gemäß Angaben der kolumbianischen Zentralbank im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 132,43 Prozent (siehe Schaubild 1).

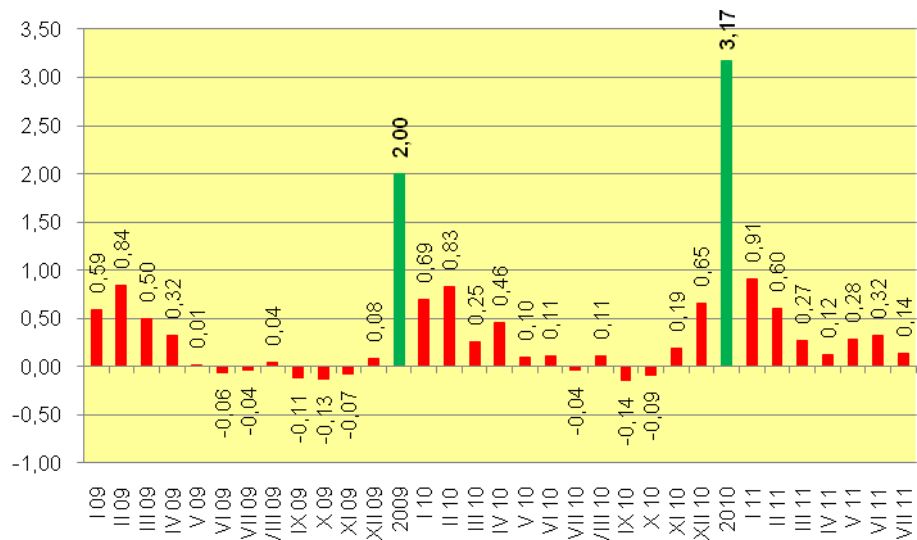
Schaubild 1: Ausländische Direktinvestitionen (in Millionen USD)



Quelle: Eigene Darstellung anhand von Daten der Banco de la República de Colombia

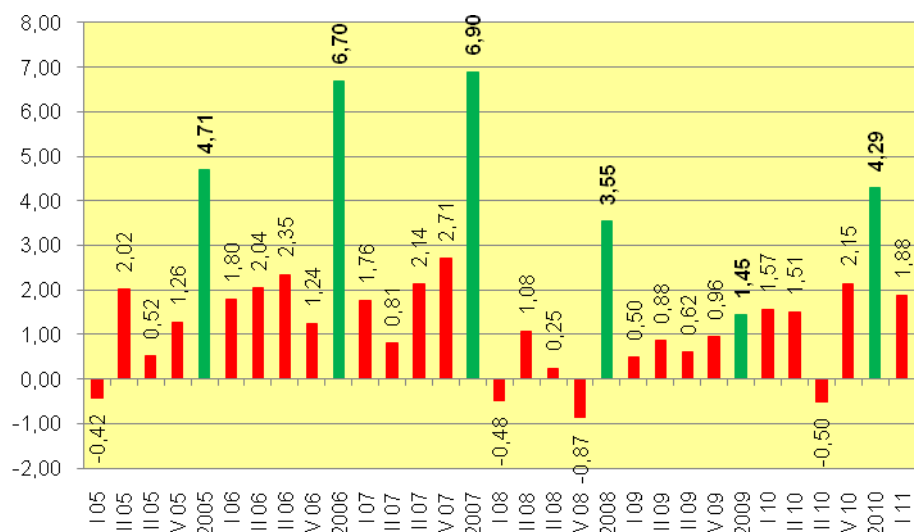
Im letzten Jahr beliefen sich die Inflationsrate auf bescheidene 3,17 Prozent (siehe Schaubild 2) und die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts auf stolze 4,29 Prozent (siehe Schaubild 3). Die Weltbank setzte all diesen Zahlen die Krone auf, indem sie Kolumbien zum Land mit dem besten Geschäftsklima in ganz Lateinamerika erklärte.

Schaubild 2: Inflationsraten (in %)



Quelle: Eigene Darstellung anhand von Daten der Banco de la República de Colombia

Schaubild 3: Reale Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (in %)



Quelle: Eigene Darstellung anhand von Daten der Banco de la República de Colombia

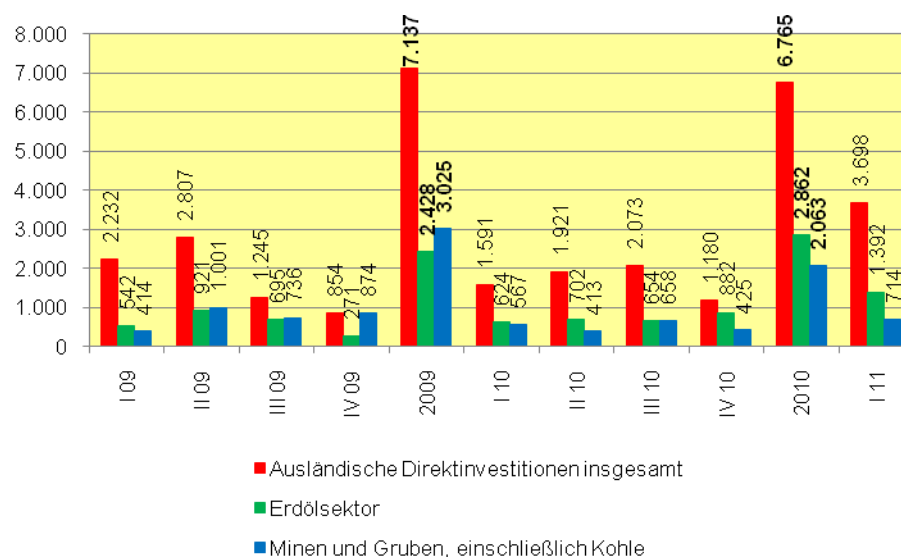
Für Bodo Liesenfeld, Vorstandsvorsitzender des Lateinamerika Vereins, ist Kolumbien eines der wichtigsten Länder aus dem Kreise der Emerging Markets: „Kolumbien hat verstanden, dass Strukturreformen wichtig sind, aber dass vor allem die Fragen der Sicherheit entscheidend sind.“

Santos äußerte sich auf einem Treffen mit deutschen Unternehmern am 13. April 2011 in Berlin zum Thema Sicherheit wie folgt: „Mein Vorgänger im Amt, Präsident Uribe, hatte etwas verstanden und ich war an dieser Regierung als Verteidigungsminister beteiligt. Wir besprachen etwas sehr Grundlegendes: Dass die Sicherheit die Basis für die Entwicklung sein muss. (...) Wir haben das verstanden und beschlossen, verstärkt auf die Sicherheit zu setzen, damit sich die Kolumbianer sicher fühlen können. Nicht

nur die Kolumbianer, die ganze Welt sollte sich in Kolumbien sicher fühlen. (...) Wir sind noch nicht auf der anderen Seite des Flusses angekommen, es gibt nach wie vor Sicherheitsprobleme in Kolumbien. Aber wir haben einen weiten Weg zurückgelegt und viel erreicht.“

Dass viele deutsche Unternehmen Kolumbien als absolut privilegiert unter den lateinamerikanischen Investitionszielen einstufen, erklärt Liesenfeld so: Kolumbien verfüge – anders als andere Länder – über schier unerschöpfliche Energiereserven der verschiedensten Art. Es gebe energiepolitisch keine spannendere Nation in Lateinamerika als Kolumbien.

Schaubild 4: Ausländische Direktinvestitionen (in Millionen USD)



Quelle: Eigene Darstellung anhand von Daten der Banco de la República de Colombia

Im ersten Quartal des Jahres 2011 beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen in Kolumbien auf 3.698 Millionen USD. Davon entfielen auf den Erdölsektor 1.392 Millionen USD (37,64 Prozent der gesamten ausländischen Direktinvestitionen) und auf den Bereich Minen und Gruben (einschließlich Kohle) 714 Millionen USD (19,31 Prozent der gesamten ausländischen Direktinvestitionen) (siehe Schaubild 4).

Santos äußerte sich auf demselben Unternehmertreffen zum Thema Energiepolitik wie folgt: „Kolumbien ist reich an Energieträgern. Wir haben Erdöl, wir entdecken immer mehr Erdöl. Zum Jahresende werden wir über eine Million Barrels pro Tag produzieren. Wir sind der zweitgrößte Kohleexporteur der Welt, und dabei handelt es sich um qualitativ hochwertige metallurgische Kohle. Und wir verfügen über noch einen Reichtum: Wasser. Kolumbien ist eines der wasserreichsten Länder der Welt. Das erlaubt uns, Wasserkraftwerke zu besitzen und neue zu bauen, die uns ein sehr großes Energieangebot ermöglichen. Nach Brasilien sind wir das Land, das in der Herstellung von Ethanol, von Biokraftstoffen am weitesten fortgeschritten ist. Aber wir möchten auch Investoren für eine andere Form der Energie gewinnen, die hier in Deutschland große Bedeutung hat: Die Solar- und die Windenergie, weil unser Entwicklungsplan für unsere Zukunft vorsieht, eine Energiemacht zu werden. Und in gewisser Hinsicht sind wir, auf regionaler Ebene, ein Land mit einem großen Energieangebot. Wir verkaufen

Energie an Ecuador; gerade haben wir Verhandlungen mit Panamá abgeschlossen, um Energie in den Norden bis nach Mexiko verkaufen zu können. Kolumbianische Unternehmen kaufen Energieverteiler in Guatemala, Honduras und El Salvador. Und wir blicken auch nach Süden. Mit Peru, Ecuador und Chile haben wir bereits den Bau von Stromleitungen bis Chile ausgehandelt. Mit Präsident Piñera haben wir über Chiles Bedarf an unserem Strom gesprochen und wir garantieren ihnen die Lieferung für ihre großen Investitionen in Förderprojekte im Norden des Landes. Kolumbianische Unternehmen kontrollieren die Energieverteilung in Sao Paulo, Brasilien.“

Santos sieht aber nicht nur die Chancen, sondern auch die Gefahren, welche der Rohstoffreichtum für sein Land mit sich bringt: „Dieser Rohstoff-„Boom“ kommt uns zugute. Aber wir müssen aufpassen, dass uns nicht die berühmte ‚holländische Krankheit‘ erwischt. Unsere Währung steigt, das ist eine große Herausforderung. Vor ein paar Monaten haben wir einige Maßnahmen in Gang gesetzt, um dieser Aufwertung entgegenzuwirken, die relativ gut funktioniert haben.“

Als Holländische Krankheit (Dutch disease) bezeichnet man ein außenwirtschaftliches Paradoxon, gemäß dem es in erfolgreich exportierenden (und somit eigentlich prosperierenden) Volkswirtschaften über eine Aufwertung der heimischen Währung zu einem ökonomischen Niedergang kommen kann. Die Holländische Krankheit tritt auf, wenn ein Land Rohstoffe (z.B. Erdöl) in großem Umfang exportiert und dadurch starke Außenhandelsüberschüsse entstehen. Diese Überschüsse bringen in der Regel eine Aufwertung der heimischen Währung mit sich. Durch den stark ansteigenden Export fließen immer mehr Devisen ins Land, durch deren Umtausch die Aufwertung verursacht wird. Über eine Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen im Rohstoffsektor (z.B. Erdölsektor) kommt es zu einer zusätzlichen Stärkung der Währung. Die Aufwertung bringt für die Erzeugnisse der übrigen exportorientierten Wirtschaftszweige Absatzprobleme mit sich. Der sinkende Export dieser Erzeugnisse führt zum Rückgang oder Verschwinden dieser Wirtschaftszweige und somit zu grundsätzlichen ökonomischen Problemen (z.B. Arbeitslosigkeit).

Santos unterzeichnet Opfergesetz

Linke Rebellen, rechte Paramilitärs, aber auch Streitkräfte und Polizei haben im Rahmen des schon seit langem andauernden Bürgerkrieges (violencia) schwere Menschenrechtsverletzungen begangen. Zehntausende Menschen starben, schätzungsweise 4 Millionen Menschen wurden vertrieben oder erlitten Einbußen an Hab und Gut.

Am 10. Juni 2011 unterzeichnete Präsident Juan Manuel Santos in Anwesenheit von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon das sogenannte Opfergesetz (Ley de Víctimas y de Restitución de Tierras), welches den Opfern des internen bewaffneten Konfliktes Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung bringen soll.

Mit dem Gesetz wird die Existenz des internen bewaffneten Konfliktes nach Jahrzehnten der Negierung endlich offiziell anerkannt. Zum ersten Mal stehen die Opfer des Konfliktes im Zentrum der Politik und die endlosen Schuldzuweisungen und Diskussionen über die Täterschaft scheinen für den Moment überwunden zu sein.

Doch ob das Gesetz zur Befriedung des Landes beitragen kann, hängt von seiner Umsetzung ab. Es muss als gut gemeinter Beginn eines langen und schwierigen Prozesses verstanden werden.

Lange stritt der kolumbianische Kongress über das Datum, ab welchem die Opfer des Konfliktes als solche anerkannt und entschädigt werden. Geeinigt hat man sich letztlich auf den 1. Januar 1985 und den 1. Januar 1991. Anrecht auf finanzielle Entschädigung hat demnach nur, wer nach dem 31. Dezember 1984 im Zusammenhang mit dem bewaffneten internen Konflikt in seinen Menschenrechten verletzt wurde. Wer nach dem 31. Dezember 1990 von seinem Land vertrieben wurde, ist berechtigt, dieses zurückzufordern.

Als Opfer werden nicht nur Personen anerkannt, die am eigenen Leib Gewalt erfahren haben, sondern auch Menschen, die indirekt von der Gewalt betroffen waren, beispielsweise als Angehörige eines direkten Opfers.

Auch Angehörige der Streitkräfte und der Polizei können Ansprüche geltend machen und mit materieller Entschädigung für erlittenes Leid rechnen. Mitglieder extralegaler Gruppen (Guerilleros und Paramilitärs) werden nicht als Opfer anerkannt, mit Ausnahme von Personen, welche diese Gruppen vor dem 18. Lebensjahr verlassen haben.

Als revolutionär ist das Gesetz bezüglich der Landrückgabe zu deuten. Die Beweislast wurde nämlich umgekehrt. Diese liegt nun bei den Besitzern der Grundstücke, welche von den Opfern reklamiert werden.

Umstritten unter kolumbianischen Menschenrechtlern ist die Bestimmung, dass eine finanzielle Entschädigung nur dann ausgezahlt wird, wenn die Betroffenen sich gleichzeitig verpflichten, keine Anzeige gegen die Täter zu erstatten und auch von juristischen Schritten gegen den Staat absehen. Auch wer sein Land zurückerhält, verliere jeden Anspruch auf weiteren juristischen Beistand, kritisiert Judith Maldonado, eine kolumbianische Menschenrechtsanwältin, welche mit dem diesjährigen Shalom-Friedenspreis ausgezeichnet wurde.

Diejenigen, welche durch das Opfergesetz etwas zu verlieren haben, versuchen mit allen Mitteln, die Opfer, welche ihre Rechte einfordern, einzuschüchtern oder gar zum Schweigen zu bringen. Die Vertriebenen legen sich mit ihrer Forderung nach Rückgabe von Land mit mächtigen und einflussreichen Personen an, welche inzwischen auf den geraubten Böden lukrative Aktivitäten entwickeln (z.B. Anbau von Ölpalmen oder Bananen).

Ana Fabricia Córdoba vertrat eine Gruppe von Vertriebenen, welche ihre Grundstücke zurückfordern. Sie wurde vor kurzem in Medellín von einem Auftragskiller in einem Autobus per Kopfschuss getötet. Der Direktor des Büros des UN-Menschenrechtskommissariats in Kolumbien, Christian Salazar, sprach von einem „traurigen und besorgniserregenden“ Verbrechen. Um erneute Gewaltexzesse zu verhindern, müssen vom Staat adäquate Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden.

Prof. Dr. Klaus Georg Binder

Der Autor ist Leiter der Vertretungen der Hanns-Seidel-Stiftung in Bogotá, Kolumbien, und Caracas, Venezuela.

IMPRESSUM

Erstellt: 01.08.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de